PB.I-01-204

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Maria Regina Feckl (KV Erding)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 203 bis 208:
Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an ~~klaren~~den gemeinsamen Werten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ~~demokratischen Zielen~~Frieden ausgerichtet und im Einklang mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten gestaltet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, sowie die globale Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung zu geben. Wir setzen auch bei Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der

Von Zeile 210 bis 217:
weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schließt eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten ~~wie China und Russland~~ mit ein~~. Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen~~. ~~Das gilt insbesondere~~Und gerade als Demokratien sind wir gefordert, uns unserer Verantwortung, etwa für die ~~Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten~~Folgen des Kolonialismus, zu stellen und ~~Polens~~eigene Rechtsverstöße, etwa im sogenannten Krieg gegen den Terror seit 9/11, mit rechtsstaatlichen Mitteln aufzuarbeiten. Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch ~~auf~~in den jeweiligen föderalen und lokalen, sowie zivilgesellschaftlichen Foren, und damit nachhaltige~~, diverse gesellschaftliche~~ und effektive Netzwerke knüpfen.

Begründung

Massenvernichtungswaffen sind neben Klimawandel und Umweltzerstörung die zweite existentielle Bedrohung für ein Leben wie wir es (noch) kennen. Angesichts der starken Rolle der Partnerschaft insbesondere im Verteidigungsbereich muss das über sie zentral angegangen werden.

Die nochmalige explizite Nennung von China und Russland, ist an dieser Stelle unnötig und verstellt den Blick auf diese historisch gewachsene und besondere Partnerschaft. An dieser Stelle erscheint uns außerdem sinnvoll, etwas herauszustellen, was uns als Demokratien auszeichnet (Möglichkeit der Aufarbeitung von Kolonialismus und von teils kontraproduktivem Antiterror-Kampf seit 9/11).

Zur Streichung der Annahme bzgl. zukünftiger US-Haltung gegenüber Europa und der Rolle Osteuropas dabei: Mehr außenpolitische Verantwortung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist im Sinne des Programmes insgesamt eine Angelegenheit primär der Europäer*innen Es ist zuerst an ihnen, zu definieren bzw. auszuhandeln, wenn auch militärisch gesehen und im Falle Osteuropas erstmal weiter auch mit einer Rolle der USA. Die Notwendigkeit von geeintem Vorgehen der EU

gehört nicht ausgerechnet hier her, und wird (inkl. „strategische Souveränität“) zudem anderswo schon hinreichend klargestellt.

Zudem, weil gerade in der transatlantischen Debatte einseitig militärlastig definiert, ist auf die starke Fragwürdigkeit des ausgerechnet in diesem Kontext so verkürzt angeführten Begriffes der „Verantwortung“ hinzuweisen. Er wäre hier wenn dann detaillierter und kritischer zu definieren. Er taucht dabei ja direkt im Absatz davor („Europäische Nachbarschaftspolitik“) schon einmal auf - in dem Kontext, zumal gefolgt von einem Satz zur EU-Erweiterungspolitik, aber mit ganz anderem Klang. Das macht ihn bzw. die sonst nötige Debatte an dieser Stelle überflüssig.

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Matthias Linnemann (KV Ebersberg); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Dietmar Günther (KV Dresden); Andreas Müller (KV Essen); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Stephan Wiese (KV Lübeck); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Berti Furtner-Loleit (KV München); Sophia Birchinger (KV Frankfurt); Andrea Hecking (KV Forchheim); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Thomas Reimeier (KV Lippe); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Frank Dürsch (KV München); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Reinhard Bayer (KV Gießen)